

Stand: 20.04.2026 06:36:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/7

"Bestimmung der Zahl und der Abgrenzung der Geschäftsbereiche - Art. 49 der Bayerischen Verfassung"

Vorgangsverlauf:

1. Mitteilung 18/7 vom 12.11.2018
2. Beschluss des Plenums 18/8 vom 12.11.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 3 vom 12.11.2018



Mitteilung

Bestimmung der Zahl und der Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Art. 49 der Bayerischen Verfassung)

Nach Art. 49 der Verfassung hat der Ministerpräsident die Zahl und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) wie folgt bestimmt:

1. Die Staatsministerien

Die Geschäfte der Staatsregierung werden auf folgende Geschäftsbereiche aufgeteilt:

- Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
- Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
- Staatsministerium der Justiz
- Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
- Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
- Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
- Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
- Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
- Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
- Staatsministerium für Digitales

2. Veränderungen im Einzelnen

2.1 Es wird ein neues Staatsministerium für Digitales errichtet.

Das neue Staatsministerium übernimmt die Grundsatzangelegenheiten und die Koordinierung der Digitalisierung Bayerns, die bisher bei der Staatskanzlei angesiedelt waren. Es soll sich ferner den bisher beim Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ressortierenden strategischen Fragen der digitalen Verwaltung annehmen. Zu den Themen gehören auch strategische Zukunftsfragen des Digitalstandorts Bayern, neuer digitaler Technologien, die Aufgabe des IT-Beauftragten für Bayern und die Koordinierung der Ressort-CIOs (Chief Information Officers), die föderale IT-Kooperation im Bund, das IT-Recht und IT-Controlling, aber auch die ethischen Fragen, die mit der Digitalisierung zusammenhängen. Das neue Staatsministerium übernimmt aus der Staatskanzlei auch die Verantwortung für die Filmförderung und -politik sowie digitale Unterhaltung (Games).

- 2.2** Dem künftigen **Staatsministerium der Finanzen und für Heimat** verbleiben aus dem digitalen Aufgabenfeld die Aufgaben der digitalen Erschließung (Breitband) sowie die technischen Angelegenheiten der digitalen Verwaltung und der Sicherheit in der Informationstechnik. Dazu gehört auch die Verantwortung für den Bayern-Server und die staatliche Kommunikationsinfrastruktur. Es wird sich außerdem um die Unterstützung der Kommunen in Fragen der digitalen Verwaltung kümmern. Aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst übernimmt es als Heimatministerium die Aufgaben Brauchtum, Heimatpflege und Volksmusik. Es erhält eine neue Zuständigkeit für regionale Identität.
- 2.3** Das **Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie** übernimmt vom bisherigen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat die Zuständigkeit für die Landesentwicklung (Raumordnung und Landesplanung, Regionalmanagement, Regionalplanung und -entwicklung). Aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten übernimmt es außerdem die Zuständigkeit für nachwachsende Rohstoffe einschließlich der Bioökonomie.
- 2.4** Die Verteilung der Einzelgeschäfte auf die Geschäftsbereiche wird gemäß diesen Vorgaben nach Art. 53 der Verfassung durch Verordnung der Staatsregierung erfolgen (Verordnung über die Geschäftsverteilung der Staatsregierung).

3. Sonderaufgaben nach Art. 50 Satz 1 Alt. 2 der Verfassung

Die Zuweisung einer Sonderaufgabe nach Art. 50 Satz 1 Alt. 2 der Verfassung an einen Staatsminister bedarf anders als die oben beschriebene Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche nicht der Bestätigung durch den Landtag.

Es ist beabsichtigt, wie bisher die Leitung der Staatskanzlei einem Staatsminister als Sonderaufgabe zu übertragen. Dieser Staatsminister wird – ebenfalls als Sonderaufgabe – auch die Zuständigkeit für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien übernehmen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Zustimmung zur Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche – Art. 49 der Bayerischen Verfassung

Drs. 18/7

Der Landtag bestätigt gem. Art. 49 der Verfassung die vom Ministerpräsident bestimmte Zahl und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien):

1. Die Staatsministerien

Die Geschäfte der Staatsregierung werden auf folgende Geschäftsbereiche aufgeteilt:

- Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
- Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
- Staatsministerium der Justiz
- Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
- Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
- Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
- Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
- Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
- Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
- Staatsministerium für Digitales

2. Veränderungen im Einzelnen

2.1 Es wird ein neues **Staatsministerium für Digitales** errichtet.

Das neue Staatsministerium übernimmt die Grundsatzangelegenheiten und die Koordinierung der Digitalisierung Bayerns, die bisher bei der Staatskanzlei angesiedelt waren. Es soll sich ferner den bisher beim Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ressortierenden strategischen Fragen der digitalen Verwaltung annehmen. Zu den Themen gehören auch strategische Zukunftsfragen des Digitalstandorts Bayern, neuer digitaler Technologien, die Aufgabe des IT-Beauftragten für Bayern und die Koordinierung der Ressort-CIOs (Chief

Information Officers), die föderale IT-Kooperation im Bund, das IT-Recht und IT-Controlling, aber auch die ethischen Fragen, die mit der Digitalisierung zusammenhängen. Das neue Staatsministerium übernimmt aus der Staatskanzlei auch die Verantwortung für die Filmförderung und -politik sowie digitale Unterhaltung (Games).

- 2.2** Dem künftigen **Staatsministerium der Finanzen und für Heimat** verbleiben aus dem digitalen Aufgabenfeld die Aufgaben der digitalen Erschließung (Breitband) sowie die technischen Angelegenheiten der digitalen Verwaltung und der Sicherheit in der Informationstechnik. Dazu gehört auch die Verantwortung für den Bayern-Server und die staatliche Kommunikationsinfrastruktur. Es wird sich außerdem um die Unterstützung der Kommunen in Fragen der digitalen Verwaltung kümmern. Aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst übernimmt es als Heimatministerium die Aufgaben Brauchtum, Heimatpflege und Volksmusik. Es erhält eine neue Zuständigkeit für regionale Identität.
- 2.3** Das **Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie** übernimmt vom bisherigen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat die Zuständigkeit für die Landesentwicklung (Raumordnung und Landesplanung, Regionalmanagement, Regionalplanung und -entwicklung). Aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten übernimmt es außerdem die Zuständigkeit für nachwachsende Rohstoffe einschließlich der Bioökonomie.
- 2.4** Die Verteilung der Einzelgeschäfte auf die Geschäftsbereiche wird gemäß diesen Vorgaben nach Art. 53 der Verfassung durch Verordnung der Staatsregierung erfolgen (Verordnung über die Geschäftsverteilung der Staatsregierung).

3. Sonderaufgaben nach Art. 50 Satz 1 Alt. 2 der Verfassung

Die Zuweisung einer Sonderaufgabe nach Art. 50 Satz 1 Alt. 2 der Verfassung an einen Staatsminister bedarf anders als die oben beschriebene Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche nicht der Bestätigung durch den Landtag.

Es ist beabsichtigt, wie bisher die Leitung der Staatskanzlei einem Staatsminister als Sonderaufgabe zu übertragen. Dieser Staatsminister wird – ebenfalls als Sonderaufgabe – auch die Zuständigkeit für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien übernehmen.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Ministerpräsident Dr. Markus Söder

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Florian Streibl

Abg. Markus Plenk

Abg. Horst Arnold

Abg. Martin Hagen

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Tobias Reiß

Präsidentin Ilse Aigner: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 1 und 2** auf:

Bestätigung

der vom Ministerpräsidenten bestimmten Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) gem. Artikel 49 der Bayerischen Verfassung (Drs. 18/7)

und

Zustimmung

zur Berufung der Kabinettsmitglieder sowie zur Bestimmung des Stellvertreters des Ministerpräsidenten gem. Art. 45 und 46 der Bayerischen Verfassung

Ich erteile das Wort dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach Artikel 49 der Bayerischen Verfassung bestimmt der Ministerpräsident die Zahl und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Staatsregierung. Dies bedarf – deswegen sind wir heute zusammengekommen – der Bestätigung durch Beschluss des Bayerischen Landtags, um den ich Sie herzlich bitte. Hinsichtlich der Zahl und der Abgrenzung der Geschäftsbereiche treffe ich folgende Bestimmungen:

Die Geschäfte der Staatsregierung werden künftig auf folgende Geschäftsbereiche aufgeteilt:

Das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration,

das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr,

das Staatsministerium der Justiz,

das Staatsministerium für Unterricht und Kultus,

das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst,

das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie,

das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz,

das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales,

das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege und

das Staatsministerium für Digitales.

Im Vergleich zu der bisherigen Aufstellung sind im Einzelnen folgende Änderungen veranlasst:

Erstens. Wir gründen als erstes und einziges Land in Deutschland ein neues, eigenständiges Staatsministerium für Digitales. Wir wollen damit der fundamentalen Bedeutung der Digitalisierung für die Zukunft Bayerns Rechnung tragen. Klar ist: Die Digitalisierung umfasst alle Bereiche des Lebens, auch der Politik. Aber wir wollen mit dem neuen Ministerium ein Haus schaffen, das sich der Grundsatzangelegenheiten und der Gesamtkoordinierung der Digitalisierung Bayerns annimmt. Diese Zuständigkeiten umfassen einerseits diejenigen aus der Staatskanzlei. Aber das Ministerium soll ferner die bisher beim Finanzministerium angesiedelten strategischen Fragen der digitalen Verwaltung übernehmen. Dazu gehören: Strategische Zukunftsfragen des Digitalstandorts Bayern, neue digitale Technologien, die Aufgabe des IT-Beauftragten für Bayern und die Koordinierung im Bereich der CIOs – Chief Information Officers – der Ressorts, die föderale IT-Kooperation im Bund, das IT-Recht und das IT-Controlling und die ethischen Fragen, die in der Digitalisierung eine Rolle spielen. Zusätzlich übernimmt dieses Ministerium aus der Staatskanzlei, so wie es dort angesiedelt war, auch die Verantwortung für die Filmförderung und Politik sowie für die digitale Unterhaltung, vor allem den Games-Bereich.

Zweitens. Das künftige Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird in bewährter Form weiter fortgesetzt. Es wird allerdings gestärkt um Bereiche aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst, nämlich die Aufgaben Brauchtum, Heimatpflege und Volksmusik. Hinzu kommt die neue Zuständigkeit für regionale Identität.

Drittens. Das bisherige Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie wird zum Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Es übernimmt aus dem Finanzministerium die Zuständigkeiten für die Landesentwicklung, also Raumordnung und Landesplanung, Regionalmanagement, Regionalplanung und Regionalentwicklung. Aus dem Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums kommt die Zuständigkeit für nachwachsende Rohstoffe einschließlich der Bioökonomie dazu.

Im Übrigen bleiben die Geschäftsbereiche der Ministerien unverändert. Ich bitte die Frau Präsidentin, den nach Artikel 49 der Bayerischen Verfassung erforderlichen Beschluss des Landtags herbeizuführen und möchte noch auf eine weitere Änderung eingehen, die nicht der Bestätigung gemäß der Verfassung bedarf, aber über die ich das Hohe Haus gern informiere: Mit der Schaffung des eigenständigen Digitalisierungsministeriums geht natürlich einher, dass in der Staatskanzlei künftig nur noch ein Staatsminister mit Sonderaufgaben nach Artikel 50 Satz 1 der Verfassung angesiedelt ist. Ich beabsichtige, die Leitung der Staatskanzlei wie bisher einem Staatsminister als Sonderaufgabe zu übertragen. Er soll aber auch die Zuständigkeit für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien übernehmen.

Die neue Struktur der Staatsregierung hat natürlich auch Auswirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen Staatsregierung und Hohem Haus. Daher lade ich das Hohe Haus und alle Fraktionen ein, die Arbeit der neuen Staatsregierung in ihrer Zuständigkeit konstruktiv zu begleiten.

Wie sieht die personelle Besetzung aus? – Zu Mitgliedern der Staatsregierung für die neue Legislaturperiode berufe ich:

zum Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien Herrn Dr. Florian Herrmann, Mitglied des Landtags,

zum Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Herrn Joachim Herrmann, Mitglied des Landtags,

zum Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Herrn Dr. Hans Reichhart,

zum Staatsminister der Justiz Herrn Georg Eisenreich, Mitglied des Landtags,

zum Staatsminister für Unterricht und Kultus Herrn Prof. Dr. Michael Piazzolo, Mitglied des Landtags,

zum Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Herrn Bernd Sibling, Mitglied des Landtags,

zum Staatsminister der Finanzen und für Heimat Herrn Albert Füracker, Mitglied des Landtags,

zum Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Herrn Hubert Aiwanger, Mitglied des Landtags,

zum Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Herrn Thorsten Glauber, Mitglied des Landtags,

zur Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Frau Michaela Kaniber, Mitglied des Landtags,

zur Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Frau Kerstin Schreyer, Mitglied des Landtags,

zur Staatsministerin für Gesundheit und Pflege Frau Melanie Huml, Mitglied des Landtags

und zur Staatsministerin für Digitales Frau Judith Gerlach, Mitglied des Landtags.

Weiter berufe ich:

zum Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration Herrn Gerhard Eck, Mitglied des Landtags,

zur Staatssekretärin im Staatsministerium für Unterricht und Kultus Frau Anna Stolz, Mitglied des Landtags,

zum Staatssekretär im Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Herrn Roland Weigert, Mitglied des Landtags,

und zur Staatssekretärin im Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales Frau Carolina Trautner, Mitglied des Landtags.

Zu meinem Stellvertreter bestelle ich laut Verfassung Herrn Staatsminister Hubert Aiwanger.

Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu meinen Vorschlägen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist ein sehr ausgewogenes Kabinett. Es repräsentiert nicht nur die neue Koalitionsregierung, sondern es verkörpert die Regionen Bayerns. Es setzt auf bewährte und junge neue Kräfte gleichermaßen und auf ein richtiges Miteinander von Männern und Frauen. Es hat die richtige Mischung aus Stabilität und Erneuerung. Heute, hundert Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts, war es mir persönlich ein Anliegen, das Kabinett insgesamt weiblicher und jünger zu gestalten. Die Frauen sind, auf die gesamte Koalition bezogen, im Kabinett so stark wie bisher vertreten. Auf den Bereich, für den ich persönlich Verantwortung zu tragen habe, also auf die CSU bezogen, haben wir den höchsten Frauenanteil aller Zeiten. Auf das Kabinett umgerechnet sind es über 40 %. Vier der zehn Staatsminis-

ter, die die CSU stellt, sind weiblich. Auch die FREIEN WÄHLER haben eine Staatssekretärin vorgeschlagen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Nein, das ist eine sehr gute Personalie. – Ich sage Ihnen eines: Wir sind sehr gut vorangekommen. Es gibt aber keinen Grund zur Selbstzufriedenheit. Mir war es ein wichtiges Anliegen, dass wir eine angemessene Repräsentanz der beiden Geschlechter, von Männern und Frauen, haben. Für mich ist es aber auch wichtig, dass die Jugend repräsentiert ist. Das heute neu vorgestellte Kabinett hat insgesamt einen Altersdurchschnitt von 47,6 Jahren. So weit wir es in der Kürze der Zeit berechnen konnten, ist es das jüngste bayerische Kabinett aller Zeiten. Deswegen ist es eine richtige Mischung aus Bewährtem, Stabilität und Erneuerung und ganz klar auch kein reines Weiter-so.

Ich danke ganz herzlich den bisherigen Kabinettsmitgliedern, die ausscheiden: Frau Ilse Aigner in der neuen Funktion als Landtagspräsidentin, Herrn Prof. Dr. Winfried Bausback, Herrn Dr. Marcel Huber, Frau Prof. Dr. Marion Kiechle, Herrn Franz Josef Pschierer und Herrn Josef Zellmeier. Alle – ich betone: alle – haben sich große Verdienste um Bayern erworben. Sie haben unsere Heimat mitgestaltet und zum großen Erfolg unseres Landes beigetragen. Für die geleistete Arbeit und ihren Einsatz spreche ich ihnen persönlich großen Dank und Anerkennung aus. Zugleich wünsche ich ihnen weiterhin alles Gute für weitere Aufgaben. Allen, die heute neu berufen und durch den Landtag bestätigt werden, wünsche ich viel, viel Glück.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe die Zusammensetzung der neuen Staatsregierung erläutert. Ich bitte nun, die Entscheidung des Landtags herbeizuführen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Meine Damen und Herren! Sie haben die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten zur Zahl und zur Abgrenzung der Geschäftsbereiche sowie zur Berufung der Kabinettsmitglieder gehört. Ich eröffne hierzu die Aussprache. Es wurde eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 74 Minuten vereinbart. Danach entfallen auf die CSU-Fraktion 30 Minuten, auf das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 14 Minuten, auf die FREIEN WÄHLER 10 Minuten, auf AfD und SPD jeweils 8 Minuten und auf die FDP 4 Minuten. Als Erster hat der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Herr Ludwig Hartmann, das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das neue Kabinett steht. Allen neu berufenen Kabinettsmitgliedern wünschen wir alles Gute und viel Erfolg für die kommende Arbeit. Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Die Aufgabe, vor der die neu gebildete Regierung, aber auch der neu gewählte Landtag stehen, ist wirklich groß, sei es beim Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen oder beim Einsatz für Chancengerechtigkeit im ganzen Land. Wir wissen aus einem leidenschaftlich und lebhaft geführten Wahlkampf, dass einige Baustellen dringend bearbeitet werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte es gleich vorweg sagen: Bei diesen großen Herausforderungen darf es keine Politik des Weiter-so geben. Eine Politik des Weiter-so wäre bei diesen Aufgaben wegen ihrer Verantwortungslosigkeit unseren Kindern und Enkelkindern gegenüber nicht mehr zu vertreten. An dieser Politik muss sich etwas grundlegend ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme nachher auf die Themen noch einmal zurück, möchte aber mit folgender Bemerkung anfangen. Herr Dr. Markus Söder, vor einer Woche haben Sie hier am Rednerpult einen anderen Stil in der Politik eingefordert. Das unterstützen wir und wünschen es uns auch. Sie haben vorgeschlagen und gefordert, auch Ideen der Op-

position aufzugreifen und nicht alles gleich niederzubügeln. Im Gegenzug erwarten Sie Anerkennung, wenn die Regierung etwas Gutes tut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gehe hier gerne in Vorleistung. Wir erkennen an und halten es für richtig, dass der Eingriff in den Alpenplan wieder zurückgenommen worden ist. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auch das Eingestehen eines Fehlers und dessen Korrektur ist eine politische Leistung. Dafür unsere Anerkennung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Ich halte es auch für richtig, dass Sie bestimmte Themen aufgreifen. Dabei komme ich gleich zu einigen Baustellen, vor denen unser großartiges und starkes Land steht und die wir dringend in Angriff nehmen müssen. Die Koalitionsvereinbarung möchte ich jetzt nicht herunterbeten. Über sie wurde bereits diskutiert. Wenn man sie aber durchliest, stellt man fest: Sie hat schon etwas von einem schwarz-orangen Lückentext. Ich biete Ihnen heute an, die Lücken mit guten Vorschlägen zu füllen. Dann können Sie auch zeigen, wie ernst Ihr Versprechen ist, wirklich einen neuen Stil zu pflegen und die Ideen der Opposition angemessen zu würdigen oder gute Ideen auch aufzugreifen.

Fangen wir mit einem Thema an, bei dem uns die Zeit wirklich im wahrsten Sinne des Wortes davonläuft. Ich spreche von der Agrarwende und vom Artenschutz. Ich sage nur, was man in den letzten Wochen allein den Medien entnehmen konnte. Auf einer Konferenz des Bundesamtes für Naturschutz ist davon gesprochen worden, dass das Insektensterben noch dramatischer ist als angenommen und dass selbst in Naturschutzgebieten der Insektenbestand deutlich zurückgeht. 42 % der wildlebenden Säugetiere in Bayern sind vom Aussterben bedroht oder stehen auf der Roten Liste. Wir erleben in Bayern gerade das größte Artensterben seit dem Aussterben der Dinosaurier. Um daran endlich etwas zu ändern, brauchen wir eine grundlegend andere Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht nur die Artenvielfalt ist bedroht. Schauen wir uns nur unser Wasser und Grundwasser an. Die Stiftung WWF hat vor Kurzem eine Studie vorgestellt, wonach gerade einmal 15 % der Fließwasserkörper in Bayern in einem guten Zustand sind. Der Rest ist in einem mäßigen bis mangelhaften Zustand, und 10 % sind in einem schlechten Zustand. Wenn man dann noch die Belastung des Grundwassers hinzunimmt, müssen doch die Alarmglocken läuten. Wir brauchen endlich eine andere Politik.

Damit bin ich bei der Landwirtschaftspolitik. Unstrittig ist, dass wir eine Wende in der Agrarpolitik brauchen. Dabei möchte ich zwei Bausteine ansprechen. Der eine Baustein – da bin ich auch bei Ihnen – sind freiwillige Maßnahmen und Anreize. Wir brauchen Anreize, damit wir endlich die Belastung mit Ackergiften senken, damit der Vertragsnaturschutz ausgeweitet wird und damit wir zu einer anderen Landwirtschaftspolitik kommen. Wir brauchen aber auch einen zweiten Baustein. Der zweite Baustein heißt: mehr Schutzgebiete in Bayern. Das heißt, wir brauchen einen dritten Nationalpark.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit komme ich gleich zum neuen Umweltminister Glauber. Ich wünsche ihm wirklich das nötige Rückgrat, für den Naturschutz etwas zu tun. Erlauben Sie mir, es einmal so darzustellen: Ich habe die FREIEN WÄHLER meistens so erlebt, dass sie ein Thema aufgreifen, nach dem die Menschen relativ laut rufen und schreien. Ich kann Ihnen aber sagen: Tier- und Pflanzenarten, die vom Aussterben bedroht sind, werden nicht rufen, nicht schreien und auch nicht klatschen, wenn man ihren Lebensraum endlich wieder schützt. Ich wünsche Ihnen den Mut, für die Artenvielfalt wirklich etwas zu tun. Wir sind es unseren Kindern und Enkelkindern schuldig. Wir müssen hier Grundlegendes ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt beim Naturschutz auch, dass wir die Natura-2000-Gebiete endlich zu einem großen Biotop-Verbund machen müssen. Diese Idee dürfen Sie gerne aufgreifen und

übernehmen. Damit würde unsere Tier- und Pflanzenwelt endlich den notwendigen Lebensraum bekommen, den sie braucht, um weiter existieren zu können.

Das bedeutet auch ganz klar, dass wir den Weg einer giftfreien Landwirtschaft beschreiten müssen. Da können Sie gerne einige Vorschläge von uns übernehmen. Wir haben vor Kurzem eine Strategie vorgelegt, wie wir die Ackergifte in Bayern in zehn Jahren um 50 % reduzieren können. Das wäre ein klarer Ansatz, um zu einer Landwirtschaftspolitik zu kommen, die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. Dafür müssen die Ackergifte reduziert werden. Das geht nur mit den Landwirten und nicht gegen sie. Das ist uns auch klar. In den nächsten Jahren müssen aber endlich die Weichen gestellt werden. Hier läuft uns die Zeit davon.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Thema Klimaschutz: Wir haben einen extrem heißen Sommer erlebt. Wir haben festgestellt, dass wir die erste Generation sind, die die Folgen der Erdüberhitzung zu spüren bekommt. Wir werden auch die letzte Generation sein, die etwas tun kann, damit die Folgen für unsere Kinder und Enkelkinder irgendwie handhabbar bleiben. Dafür brauchen wir eine andere Klimaschutzpolitik. Ihr Koalitionsvertrag liest sich zu diesem Thema wie ein schwarz-oranger Lückentext und enthält keine konkrete Maßnahme.

In den nächsten Wochen wird in Katowice eine weitere Klimakonferenz stattfinden, bei der es darum geht, wie wir die Pariser Klimaziele, die Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5 %, einhalten können. Bei Ihnen lese ich nur vage Absichtserklärungen und lapidare Sätze, zum Beispiel, dass der CO₂-Ausstoß pro Person und Jahr bis 2050 auf 2 Tonnen heruntergebracht werden soll. Diese Anstrengung ist nicht genug. Da muss deutlich mehr gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich hier konkrete Beispiele nennen: Die 10-H-Regelung muss endlich weg. Unsere Kinder werden uns eines Tages nicht vorhalten, wir hätten zu viele Windkraftanlagen gebaut. Sie werden uns eines Tages verzweifelt in die Augen schauen und fragen: Warum habt ihr nicht mehr getan, um die Lebensgrundlagen zu schützen? – Das ist die Frage unserer Zeit. Dazu brauchen wir ein Klimaschutzgesetz. Damit komme ich zum Lob: Sie haben ein solches Gesetz angekündigt. Aber da kommt es darauf an, was tatsächlich drinsteht. Ich biete dem neuen dafür zuständigen Minister an, dass er gerne unser Klimaschutzkonzept 1 : 1 kopieren darf. Sie dürfen es gerne als Ihre Idee verkaufen. Ich habe gar nichts dagegen. Entscheidend ist, dass diese Starre beim Klimaschutz aufhört und wir endlich einen großen Schritt vorankommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben von "dem jüngsten Kabinett" gesprochen, das es in Bayern je gab. Auch dafür unsere Anerkennung. Sie haben einen Schritt in die richtige Richtung getan. Ich würde mir wünschen, dass dieses Kabinett wirklich pro-europäisch auftritt. In der letzten Woche wurde mit Manfred Weber ein CSU-Politiker an die Spitze der EVP gewählt, von dem wir Gott sei Dank wieder europafreundliche Töne gehört haben. Ich weiß aber nicht, wie weit die CSU bei diesem Thema wirklich ist. Wer sich die Listenverbindungen bei der Europawahl anschaut, stellt fest, dass zu Ihrer Listenverbindung auch die Partei von Viktor Orbán gehört, der ein bekennender Antidemokrat, ja, ein bekennender Feind Europas ist.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Ein bekennender Antidemokrat?)

– Er ist ein Antidemokrat, und er ist für mich ein Feind Europas. Sie kennen die Aussagen von Viktor Orbán in den letzten Wochen, Monaten und Jahren.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Ich kenne auch Aussagen von Ihrem Parteivorsitzenden, Herrn Habeck!)

Sie kennen diese Ausführungen mit Sicherheit. Diese Ausführungen und die Art, wie in Ungarn mit der öffentlichen Presse und mit der freien Meinungsäußerung umgegangen wird, sind für mich antidemokratisch. Dazu stehe ich, und das sage ich hier ganz deutlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Sehr geehrter Herr Kollege, wenn das für Sie nicht so ist, muss ich Ihnen sagen, dass ich mit meiner Vermutung gar nicht so weit weg war. Die proeuropäische Politik ist bei Manfred Weber, aber leider nicht bei Ihnen hier im Hohen Haus. Das ist wirklich schade.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch zwei Themen ansprechen, die auch mit Ministerinnen und Ministern besetzt worden sind, zunächst das Thema Wohnen. Das ist die größte soziale Frage unserer Zeit. Ich glaube, das ist absolut unstrittig. Hier sind wir uns wohl im Hohen Hause einig. Hier sind wir auf einer Linie. Dafür gehen bei den konkreten Maßnahmen die Meinungen schon wieder weit auseinander. Wir würden uns wünschen, dass es nicht darum geht, Eigentum zu fördern, das sich in den großen Städten eh kein Mensch mehr leisten kann, sondern darum, auf staatlichen Grundstücken rein den Mietwohnungsbau voranzubringen. Das sage ich dem zuständigen Minister. Der Staat muss deutlich in den Sozialwohnungsbau einsteigen.

Eines haben Sie richtig gemacht: Sie wollen auslaufende Sozialbindungen verlängern. Dafür unsere Anerkennung. Dieser Schritt reicht aber leider nicht. Sie haben dieses Auslaufen der Sozialbindungen im Bund blockiert. Wir würden uns freuen, wenn Sie endlich auch die anderen Bereiche aufgreifen würden. Der Wohnbau braucht ein Gesamtkonzept. Es geht nicht darum, einzelne Schritte herauszugreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Thema muss ich hier ansprechen: Der Ministerpräsident hat vor einer Woche hier am Rednerpult davon gesprochen, er wolle optimistischer in die Zukunft blicken. Das ist vollkommen richtig. Das tun wir auch. Beim Lesen der Koalitionsvereinbarung gewinnt man jedoch den Eindruck, dass Sie irgendetwas falsch verstanden haben. Sie sind noch lange nicht optimistisch, wenn Sie die Themen Kinderarmut und Armut nicht ansprechen, bei denen wir vor großen Herausforderungen stehen. Optimistisch ist man, wenn man Probleme anspricht und auch Lösungen anbietet.

Es kann doch nicht sein, dass wir in einem so reichen Land wie Bayern Kinder frühzeitig in die Armut verlieren und kaum noch dort herausbekommen. Da hilft auch nicht das, was die FREIEN WÄHLER gemacht haben: 100 Euro bei der Kinderbetreuung werden das Problem nicht lösen. Dieses Geld kommt denjenigen, die es am dringendsten bräuchten, meist gar nicht zugute. Auch das Familiengeld der CSU löst das Problem nicht. Wir bräuchten endlich eine Kindergrundsicherung auf Bundesebene. Dafür biete ich Ihnen gerne unsere Unterstützung an. Wir könnten doch gemeinsam eine Bundesratsinitiative starten, um bei diesem Thema endlich voranzukommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen: Die Sozialpolitik ist nicht gerade das Highlight oder der Leuchtturm der neuen Regierung, die sich soeben gebildet hat.

Zum Schluss möchte ich auf das Thema "Vielfalt in unserem Lande" kommen. Vielfalt prägt Bayern, das ist absolut unstrittig. Das haben Sie im Wahlkampf sicher gemerkt. Der geringe Frauenanteil ist immer noch ein Armutszeugnis – da schließe ich alle mit ein –, wenn man in diesen Bayerischen Landtag schaut: Wir müssen dafür sorgen, dass in fünf Jahren niemand mehr hier den niedrigen Frauenanteil in diesem Hause beklagen muss. Wir haben das Jahr 2018. Er hätte deutlich besser sein können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme damit gleich zur Kabinettsbildung. Das Kabinett ist aufseiten der CSU weiblicher geworden. – Ich möchte gerade Ihre Arbeit anerkennen. Es wäre ein angemessener Stil, zuzuhören und dies zur Kenntnis zu nehmen. Herr Ministerpräsident, ich glaube, Sie haben noch einiges zu tun, um Ihren Stil den eigenen Leuten zu erklären. Das ist eine große Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CSU hat sich bemüht, den Frauenanteil im Kabinett nach oben zu bringen. Das erkennen wir an. Lieber Hubert Aiwanger, bei den FREIEN WÄHLERN sieht es dagegen wirklich zappenduster aus.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir lernen noch!)

Ich habe das Gefühl, bei den Herrenausstattern in München haben die Sektkorken geknallt, als sie erfahren haben, wen Sie alles ins Kabinett schicken. Liebe Männer und FREIE WÄHLER, wir haben das Jahr 2018, hundert Jahre Frauenwahlrecht. Dass Sie das nicht geschafft haben, ist ein Armutszeugnis. Ich muss das so deutlich sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Hartmann – –

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ich komme zum Schluss und zum letzten Satz: Ich wünsche allen Neuernannten den Mut, den neuen Politikstil zu wagen und nicht nur davon zu reden. Glaubwürdigkeit kommt vom Handeln und nicht vom Reden. Bayern ist ein starkes Land. Aus Stärke wächst Verantwortung. Ich würde mir wünschen, dass dieses Hohe Haus in den nächsten fünf Jahren zur Werkstatt des Wettkampfes um die besten Ideen wird, um die Herausforderungen, vor denen wir gemeinsam stehen, anzupacken und zum Wohle unseres Landes zu meistern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Herr Kollege Florian Streibl das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hartmann, Sie haben wieder einmal starke Worte gebraucht.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Starke Rede! – Beifall bei den GRÜNEN)

– Herr Gehring, zu Ihnen komme ich gleich. – Der schwarz-orange Koalitionsvertrag orientiert sich an der Praxis für dieses Land. Er ist keine Enzyklopädie, bei der auf über 5.000 Seiten alles aufgeführt und dann nach sozialistischer Manier ein Fünfjahresplan erstellt wird.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Er ist vielmehr der Leitfaden für diese Regierung; und dieser Leitfaden ist gut.

Des Weiteren ist es völlig unangebracht, dass Sie die Leistungen, die diese Regierung für die Familien in Bayern durchsetzt, kleinreden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mit dem Familiengeld und den 100 Euro für die Betreuung der Kinder gibt es 350 Euro für die Familien. Insgesamt wird eine halbe Milliarde Euro für junge Familien in Bayern bereitgestellt und ausgegeben. Das ist eine Hausnummer, die sich deutschlandweit sehen lassen kann.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Aber nicht für die Bedürftigen! – Kerstin Celina

(GRÜNE): Das wird Hartz-IV-Empfängern wieder abgezogen!)

Kein anderes Bundesland tut so viel für die Familien wie wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Beim Thema Frauen nehmen Sie den Mund auch etwas zu voll, auch wenn ich weiß, die GRÜNEN sind darin sehr gut. Sie leisten sich eine Doppelspitze, weil Sie sich nicht entscheiden können.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Hier müsste man klare Kante zeigen. Auch bei der Besetzung von nur einem Posten haben die GRÜNEN versagt. Lieber Thomas Gehring, so sehr ich dich schätze, aber du bist keine Frau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, menschlich und bürgernah bleiben, gleichzeitig mit der Zeit gehen und nachhaltig die Zukunft gestalten, das ist unsere Aufgabe. Dieser Aufgabe sind wir in den Koalitionsverhandlungen gerecht geworden. Unser Anspruch ist es, Politik für die Bürger zu machen und uns nicht von parteipolitischen Egoismen leiten zu lassen. Die Gewährleistung der Stabilität von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verpflichtet zu einer raschen Regierungsbildung. Das ist uns mit dem heutigen Tag gelungen. Ich glaube, nie zuvor wurde derart schnell eine neue Regierung gebildet. Das gemeinsame Ziel, eine Koalition zu bilden, die für ein bürgernahes, menschliches, nachhaltiges und modernes Bayern steht, eine Koalition der Freiheit und des Neuanfangs, hat zu einem Ergebnis geführt, das sich gut sehen lassen kann. Unsere Ziele sind die Themen der Menschen. Mit dem Koalitionsvertrag und der neuen Staatsregierung haben wir etwas Handfestes und Praxistaugliches geschaffen. Dieses Konzept kommt den Menschen vor Ort persönlich und unmittelbar zugute, wie auch unsere Familienpolitik.

Als Allererstes geht es aber darum, die Bürgerinnen und Bürger bei den kommenden Entwicklungen mitzunehmen. Sie sind es nämlich, die unsere Entscheidungen im Landtag und die Entscheidungen der Staatsregierung vor Ort leben müssen. Leben kann man aber nur dann etwas, wenn man daran beteiligt und davon überzeugt ist. Diese Überzeugungsarbeit haben wir alle zu leisten, vor allem aber die neue Staatsregierung. Die neue schwarz-orange Koalition hat ein gemeinsames Ziel: Sie wird die Zukunftsthemen aufgreifen und gleichzeitig Tradition und Menschlichkeit bewahren. Das ist das Maß, an dem sich bürgernahe Politik stets messen lassen muss.

Wir, die FREIEN WÄHLER, sind zugegebenermaßen das erste Mal an einer Staatsregierung beteiligt und übernehmen folgende drei Ministerien: Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Unterricht und Kultus sowie Umwelt und Verbraucherschutz. Wir, die FREIEN WÄHLER, stehen für Visionen und Innovationen.

Das Ministerium für Wirtschaft und Landesentwicklung: Bayern hat weltbekannte Marken und einen starken Mittelstand. Wir wollen die besten Voraussetzungen dafür schaffen, damit diese sich erfolgreich im nationalen und internationalen Wettbewerb behaupten können. Qualitatives Wachstum mit Augenmaß ist der Kern unserer Wirtschaftspolitik.

Die Infrastruktur muss optimiert werden, um Bayern zukunftsfähig zu machen. Unser besonderes Augenmerk liegt auf dem öffentlichen Personennahverkehr, den wir neu denken müssen. Wir müssen neue Wege und Schritte gehen, um die Probleme lösen zu können. Ein Aspekt wäre, den Radverkehr gerade in den Städten mittels Rad-schnellwegen stärker voranzubringen. Diese sollen dazu beitragen, die Infrastruktur auch im Kleinen schnell und gut weiterzuentwickeln. So ist es auch Aufgabe und Ziel der Landesentwicklung, in allen Landesteilen des Freistaates Bayern, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und zu erhalten.

Auf Initiative der FREIEN WÄHLER wurde das Ziel "gleichwertige Lebensverhältnisse" im Jahr 2013 in die Bayerische Verfassung aufgenommen. Dieses Ziel muss nun mit Leben gefüllt und umgesetzt werden. Deswegen haben wir diesen Aspekt im Wirtschaftsministerium aufgegriffen. Für Bayern sollen Maßstäbe gesetzt werden.

Wir stehen für Nachhaltigkeit und Wertschätzung. Dies setzen wir im Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz um. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns Ökologie zu denken und zu leben und keine Verbotskultur aufzubauen, das ist der Weg zur Stärkung der Nachhaltigkeit und der Wertschätzung unserer Umwelt. Wir müssen die Menschen mitnehmen, gemeinsam eine neue ökologische Grundüberzeugung zu bilden, um damit auf lange Sicht die Schönheit und Artenvielfalt in unserer

Kulturlandschaft zu gewährleisten. Wir wollen den kooperativen Naturschutz ausbauen. Bei diesem Erfolgsmodell arbeiten die Kommunen, die Landwirtschaft und die Umweltverbände gemeinsam für den Erhalt von Artenvielfalt und Kulturlandschaft. Wir wollen gemeinsam für die Umwelt da sein und uns nicht gegenseitig irgendwo ausschließen.

(Horst Arnold (SPD): Das ist ja was ganz Neues!)

Der Klimaschutz steht bei uns an oberster Stelle. Wir streben an, diesen in die Verfassung aufzunehmen. Alles Nachfolgende muss sich daran messen lassen. Diese große Aufgabe müssen wir gemeinsam meistern. Der Klimawandel ist eine Tatsache, vor der wir stehen. Wir müssen gemeinsam anpacken und dürfen uns nicht gegenseitig ideologisch bekämpfen. Wir sind deshalb für alle Anregungen dankbar, wie wir gemeinsam vorangehen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE):
Die werden kommen!)

Wir sind lebensnah und zukunftsorientiert. Deshalb haben wir auch das Ministerium für Unterricht und Kultus übernommen. Unsere Jugend ist unsere Zukunft. In sie müssen wir investieren. Wir stehen weiterhin zu einem differenzierten Schulsystem mit größtmöglicher Durchlässigkeit. Wir stehen für den Erhalt unserer Schulstandorte und den Erhalt von Klassen. Auch kleine Klassen sollen erhalten bleiben. Wir brauchen auch mehr Lehrer. Ein weiterer Aspekt der Bildung ist die digitale Bildung. Prof. Dr. Michael Piazzolo hat sich diese auf die Fahne geschrieben. Die digitale Bildung muss vorangetrieben werden. Was nützt ein Ministerium für Digitales, wenn die Bildung hierfür fehlt? – Dafür müssen die Fundamente in den Schulen geschaffen werden. Wir brauchen eine verbesserte IT-Systembetreuung in den Schulen. Die Schulen müssen besser ausgestattet werden. Dazu gehört auch die Breitbandanbindung der Schulen. Auch die Bildungsinhalte müssen sich danach richten und erneuert werden. Unsere Schüle-

rinnen und Schüler müssen für ein Leben in der digitalen Welt, in der sie aufwachsen, vorbereitet werden, um Fuß zu fassen und einen Platz zu finden.

Bürgernähe ist ein wichtiger Aspekt. Wir, die FREIEN WÄHLER, haben Schwerpunkte gesetzt. Wir haben unsere Wurzeln in den Kommunen. Die Kommunen sind die bedeutenden Stätten der Demokratie. Hier werden Demokratie und Bürgerbeteiligung in den Grundzügen gelebt. In unserer Regierungsverantwortung werden wir uns den Maßstab setzen, die Probleme der Zeit bürgernah und menschlich zu lösen und ein traditionelles Bayern stark und nachhaltig für die Zukunft zu gestalten.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich bei den ehemaligen Regierungsmitgliedern, auch wenn wir in der Vergangenheit des Öfteren einen Strauß ausgefochten haben. Es war ein faires Miteinander und Kämpfen; dafür ein herzliches Dankeschön. Der neuen Regierung, den neuen Ministerinnen, Ministern, Staatssekretärinnen und Staatssekretären wünsche ich alles Gute, viel Glück und viel Erfolg. Die Menschen draußen erwarten viel von uns. In diese Regierung werden große Hoffnungen gesetzt. Ich erlebe es täglich auf der Straße, dass die Menschen um diese Regierung froh sind. Wir haben aber eine große Bürde zu tragen, der wir gerecht werden müssen. Wir müssen den Menschen Vertrauen einflößen. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht verspielen. Wir müssen erfolgreich sein. Zum Schluss möchte ich einen Ratschlag von Pestalozzi zitieren: Man muss den Menschen nahe sein, wenn man gut regieren will. – Ich glaube, diese Regierung ist den Menschen nahe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Kollege Markus Plenk das Wort.

Markus Plenk (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Heute wird uns der Zuschnitt der neuen Geschäftsbereiche vorgestellt und die Besetzung der verschiedenen Ministerien präsentiert. Auffallend ist, dass sich wenig ändert – ein Weiter-so eben. Einzige Ausnahme: das neue Digitalisierungsministerium. Überraschend ist für uns nur, dass man nicht auch gleich noch ein

Raumfahrtministerium geschaffen hat. Die Notwendigkeit hierzu wäre bei all den schwarzen Löchern im Koalitionsvertrag durchaus gegeben.

(Unruhe bei der CSU)

Wir fragen uns: Was soll ein Digitalisierungsministerium tatsächlich leisten? Analog-technologie in Digitaltechnologie überführen? – Wohl kaum, es sei denn, Sie leben in der Vergangenheit. Dass Sie in den letzten Jahren den ländlichen Raum sträflich vernachlässigt haben, was den digitalen Ausbau angeht, das ist klar. Die Ansicht, dass Sie hier Verbesserungen herbeiführen sollten, teilen wir. Das ist auch absolut notwendig. Dass man sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung beschäftigt, ist auch ein wichtiger Aspekt. Allerdings gibt es dafür die anderen Ministerien, die sich ganz speziell mit diesem Thema in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich auseinandersetzen. Ein zusätzliches Digitalisierungsministerium ist aus unserer Sicht deshalb nicht notwendig. Oder soll das Digitalisierungsministerium etwa die Einschränkung der Meinungsfreiheit vorantreiben?

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Ich hoffe nicht. Dass die CSU ein Netzwerkdurchsetzungsgesetz und die Datenschutz-Grundverordnung kritiklos unterstützt, lässt Schlimmes vermuten.

(Beifall bei der AfD)

Besondere Kompetenz wurde bei diesem Thema in Bayern in den letzten Jahren, wie gesagt, nicht gezeigt, wenn man bedenkt, dass wir nicht einmal entlang der A 8 ein flächendeckendes Mobilfunknetz haben, von den Funklöchern in anderen Teilen des Landes ganz zu schweigen. Mit einer digitalen Revolution hat das Schließen von Funklöchern in Bayern allerdings auch nichts zu tun, sondern mit ganz banaler Investition in Infrastruktur. Die AfD-Fraktion lehnt das zusätzliche Digitalisierungsministerium ab und empfiehlt dem Bund der Steuerzahler, diese Maßnahme der neuen Staatsregierung in das nächste Schwarzbuch aufzunehmen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Genau!)

Das passt auch gut zur neuen "schwarz-schwarzen" Koalition, wie sie von "ZEIT ONLINE" bezeichnet wurde.

Aber ich will hier nicht nur schwarzmalen. Es gibt auch eine positive Seite der Medaille. Positiv ist, dass es keine schwarz-grüne oder gar schwarz-rote Regierung in Bayern gibt.

(Beifall bei der AfD)

In der AfD gibt es keine Kreißsaal-Hörsaal-Plenarsaal-Karrieren wie bei den Altparteien, wobei von Vertretern der SPD und der GRÜNEN der Hörsaal auch noch oftmals ohne Studienabschluss verlassen wurde;

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der GRÜNEN)

schlechte Voraussetzungen, um verantwortungsvolle Aufgaben zu übernehmen. Bei Schwarz-Grün hätte man sich noch weitaus schwerer getan, alle Ressorts mit kompetenten Ministern zu besetzen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Bayern soll nachhaltiger, ökologischer und moderner werden. So steht es jedenfalls im Koalitionsvertrag. Um diese schwammigen und pauschal formulierten Ziele zu erreichen, sind alle Ministerien gefragt. Grundsätzlich ist dazu bereits vorab und aus Erfahrung zu konstatieren: Linke Politik ist niemals nachhaltig und ökologisch und auch nicht modern. Trotzdem will die neue Staatsregierung auf diesen Zug aufspringen und die GRÜNEN links überholen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

In ihrer letzten Rede in der vergangenen Legislaturperiode hat Frau Kohlen von der SPD immer wieder von Marktversagen und einem deshalb notwendigen starken Staat

gesprächen. Tatsächlich will die SPD die vom Sozialismus verursachten Probleme mit noch mehr Sozialismus bekämpfen.

(Lachen bei der SPD)

Ein absurdes Unterfangen! Aus Sozialismus wird am Ende Kommunismus. Dass es in der SPD linksradikale Kräfte gibt, hat vor Kurzem der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Maaßen bestätigt.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD – Markus Ganserer (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) So "dermaßen" daneben!)

Er wird für das mutige Aussprechen dieser Realität nun abgestraft.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen appelliere ich an den alten und neuen Innenminister Herrmann: Seien Sie auf dem linken Auge nicht weiter blind, und nehmen Sie die Hinweise des ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten ernst!

(Beifall bei der AfD)

Auch wenn ich sehr froh bin, dass Bayern in den kommenden Jahren nicht von Schwarz-Grün regiert wird, sehe ich in den Vorsätzen der neuen Koalition wahrlich keine marktwirtschaftlich orientierte und nachhaltige Politik. Anstelle zukunftsfähiger Quellen erneuerbarer Energie haben wir heute einen Mangel an grundlastfähigen Kraftwerken, eine Abhängigkeit von Atomstromimporten aus Frankreich und Tschechien sowie Umweltzerstörung durch Stromtrassen, Windräder und Biogasanlagen.

(Beifall bei der AfD)

Die Entwicklung im Energiebereich ist alles andere als nachhaltig, ökologisch und modern. Wer soll eigentlich die im europäischen Vergleich höchsten Strom- und Energiekosten in Zukunft noch bezahlen?

In ökologischer Hinsicht erleben wir in Bayern ein Artensterben noch nie da gewesenen Ausmaßes – da stimme ich dem Herrn Hartmann zu –, für das allerdings die Altparteien wegen ihrer ideologisch motivierten Fehlanreize verantwortlich sind. Um dem Artensterben hierzulande entgegenzuwirken, brauchen wir eine Extensivierung in der Landwirtschaft und entsprechende Anreize hierfür. Wenn man gleichzeitig auch noch unnötige Bürokratie abbauen würde, wäre das ein sinnvoller Beitrag zum Erhalt unserer bäuerlichen Familienbetriebe.

(Beifall bei der AfD)

Bürokratieabbau würde nicht nur unseren bäuerlichen Familienbetrieben, sondern auch unserem Mittelstand insgesamt helfen. Bürokratieabbau ist von der neuen Koalition jedoch nicht zu erwarten; jedenfalls ist davon im Koalitionsvertrag nichts zu lesen. Schauen wir mal, was sich unsere Landwirtschafts- und Umweltminister an geeigneten Maßnahmen ausdenken, um diese Ziele zu erreichen. Ich bin gespannt.

Was war in den letzten fünf Jahren an positiven Maßnahmen für unseren bayerischen Mittelstand und unsere bäuerlichen Familienbetriebe dabei? – Nichts außer zusätzlicher Bürokratie; da spreche ich aus eigener Erfahrung.

Laut Koalitionsvertrag soll unser Leben in Bayern "entschleunigt" werden; das fand ich sehr interessant. Eine interessante Vorstellung, dass wir von schwarzen Yogis regiert werden, die uns "bürgernah" mit neuen Geboten und Verboten drangsalieren und den globalen Migrationspakt durchwinken. Die echte bayerische Lebensart bleibt dabei auf der Strecke.

(Beifall bei der AfD)

Bürokratieabbau wäre eine echte Entschleunigung bzw. Erleichterung für die vielen Menschen, die einen Beitrag für dieses Land leisten.

(Dr. Harald Schwartz (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wo lebt ihr?)

– Sie können gerne dazwischenrufen.

(Dr. Harald Schwartz (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Das dürfen wir schon da herinnen!)

– Gar kein Problem.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie müssen aber langsam auf Ihre Redezeit achten.

Markus Plenk (AfD): Ich habe noch einen Satz.

Präsidentin Ilse Aigner: Gut.

Markus Plenk (AfD): Die künstliche Sonderkonjunktur durch die EZB-Nullzinspolitik wird sehr bald jäh enden. Dann wird sich zeigen, wie nachhaltig, ökologisch und modern die Politik der neuen Staatsregierung tatsächlich ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Horst Arnold von der SPD.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was die Vorrede anbetrifft: Es gibt so etwas wie eine faktenorientierte, konstruktive Oppositionspolitik; da bin ich sicher, die leisten die Parteien im Hause, die sie bislang geleistet haben. Nach dem, was ich bislang gehört habe, bin ich aber auch sicher, dass etwas anderes nicht zu erwarten ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

"Aufbruch und Erneuerung" war das Thema der Regierungserklärung im Vormärz. Jünger sollte das Kabinett sein, mehr Fachkompetenz und den höchsten Frauenanteil der Geschichte sollte es haben. Herr Dr. Söder, das Thema des Nachmärz: Der Frauenanteil im Kernkabinett sinkt von 33 auf 28,6 %. Werden die Staatssekretärinnen ein-

gerechnet, ist der Anteil gleich geblieben. Tatsächlich aber liegt der Anteil bei 33 %: kein Fortschritt, sondern Stillstand, stabiler Stillstand.

(Beifall bei der SPD)

Dabei ist doch der Wunsch auch in Ihren Reihen deutlich geworden. Frau Präsidentin hat die SPD neulich gelobt und gesagt: Hut ab vor der SPD. Die SPD schafft es zumindest, im Parlament mit Frauen und Männern gleich stark vertreten zu sein: elf Männer, elf Frauen. Auch die Landesvorsitzende des Katholischen Frauenbundes hat einen Frauenanteil, wie er hier im Parlament vorhanden ist, als Rückschritt für die Demokratie bezeichnet. Die Vorsitzende ist eine sehr bekannte ehemalige Ministerin, die jetzt nicht mehr im Landtag ist.

Ihr Koalitionspartner glänzt in der Frauenfrage geradezu. Er präsentiert uns hier nicht die Dreifaltigkeit, sondern eine "Dreimännlichkeit" mit einer Staatssekretärin als Feigenblatt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang gibt es also keinerlei Fortschritt, sondern stattdessen organisierten stabilen Stillstand.

Beim Thema Fachkompetenz gilt der berühmte Satz "Leistung muss sich wieder lohnen" nur, so möchte man ergänzen, wenn Regionalprogramm und Regionalproporz es zulassen.

Herr Prof. Bausback, Sie sind hoch anerkannt, Sie sind hoch kompetent. Ihre Amtsführung war aus unserer Sicht stets integer. Sie haben sich bei aller politischen Kontroverse tatsächlich parteiübergreifend Verdienste erworben. Jetzt aber, Herr Prof. Bausback, sind Sie nicht mehr in Ihrer Funktion. Hat das etwas mit Ihrer Kompetenz zu tun? – Ich hoffe nicht. Aber wir wissen, dass Regionalproporz vor Fachkompetenz geht. Das ist doch keine Art und Weise, die Geschicke dieses Landes zu lenken.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP)

An Ihrer Stelle wird Kollege Eisenreich Justizminister. Er war auch schon Minister für Digitales. Da bleibt seine Kompetenz in Bezug auf die Digitalität wohl zukünftig auf der Strecke. Der Bereich der Digitalisierung wird nun von der Kollegin Gerlach ganz neu besetzt. Das ist ein ganzheitliches Ministerium. Herr Ministerpräsident, die Ausführungen von Herrn Streibl, der in diesem Zusammenhang schon wieder gesagt hat, dass es im Bildungsbereich anders werden müsse, sind gefährlich. Ich höre hier doch heraus, dass Herr Streibl schon wieder auf einem Karbidkocher ein spezielles Digitalisierungsbildungssüppchen kocht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aus unserer Sicht ist das nicht möglich. Man kann die Digitalisierung ganzheitlich betrachten und dann ein richtiges Ministerium schaffen. Dann darf man aber nicht schon wieder in Sparten aufteilen, weil sich dann die Kompetenz zerreibt. Sie haben wieder nur Fachbegriffe genannt, hinter denen kein Inhalt steht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Mit der Kollegin Gerlach ist zumindest der Regionalanspruch für Aschaffenburg und Unterfranken gewahrt, ein Ministeramt zu besetzen. Dies muss man zumindest einmal deutlich machen.

Für den Wohnungsbau ist künftig der bisherige Staatssekretär der Finanzen zuständig. Herr Zellmeier ist nicht mehr im Amt. Auch hier stellt sich die Frage, ob das etwas mit Fachkompetenz oder eher mit Regionalproporz zu tun hat.

Herr Kollege Reichhart ist nicht mehr im Landtag. Jetzt wird er von außen, von Schwaben geradezu importiert. Hier muss man sich schon die Frage stellen, ob es für Herrn Reichhart damals, als er beim CSU-Parteitag das Schild "Markus 2018" hochgehalten

hat, absehbar war, hierfür einmal belohnt zu werden. Ist das jetzt der Lohn für "El Marco 2018"? – Der Verdacht drängt sich auf.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Glauber, ich wünsche Ihnen, dass Sie gegen die Widersprüche ankämpfen können. Man kann den Klimaschutz schon in die Verfassung reinschreiben, man muss ihn aber auch in der konkreten Arbeit im Auge behalten. Hier ist doch klar, dass die FREIEN WÄHLER ganz unterschiedliche Linien vertreten. Sie verkünden in der Verfassung hohe Ansprüche, aber inhaltlich torpedieren Sie nach dem Motto "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht" jedes Gesetz, das eine tatsächliche Verbesserung bieten könnte. Ich muss Ihnen sagen: Wenn das weiterhin Ihre Politik ist, dann wird sie nicht funktionieren. Halten Sie sich einmal an Ihre eigenen Versprechungen und denken Sie daran, dass Sie die 10-H-Regelung abschaffen wollten und die Trassenregelung stark kritisiert haben. Ihre Aufgabe wird es sein, die Regierung sozusagen thematisch am Leben zu erhalten und sie von Ihren Positionen zu überzeugen. Ich bin mal gespannt, ob das gelingt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie auf, bei den nunmehr zu ernennenden Ministern das Ministergesetz einzuhalten. Achten Sie darauf, dass die Nebenerwerbstätigkeiten und Zuverdienste rechtzeitig auf den Tisch kommen, und ziehen Sie in diesem Zusammenhang auch die Konsequenzen. Wir möchten uns einen Untersuchungsausschuss wie in der letzten Legislaturperiode ersparen, der sich damit beschäftigte, ob möglicherweise gegen dieses Gesetz verstoßen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Söder, Sie haben hier in Bayern also eine Menge zu tun. Ich stelle mir die Frage, wie sinnvoll es ist, neben dem Amt des Ministerpräsidenten noch nach dem CSU-Parteivorsitz zu greifen. Sind Sie tatsächlich in der Lage, neben den vielen Auf-

gaben hier in Bayern noch dafür zu sorgen, dass Ihre Partei auch im Bund richtig arbeitet? Sind Sie in der Lage, dafür zu sorgen, dass Ihre Partei aufhört, im Bund die Torpedoabteilung der Regierung zu sein, und stattdessen konstruktiv mitarbeitet? Ist der Griff nach dem Parteivorsitz wirklich Ausdruck von Vernunft oder nicht doch eher Ausdruck von Größenwahn, wie es Ihr Koalitionspartner, der stellvertretende Ministerpräsident in spe ausgedrückt hat? Ich für meinen Teil halte von dieser Ämterhäufung gar nichts und empfehle Ihnen, diesbezüglich stillzuhalten.

Sie hatten uns im März Aufbruch und Erneuerung versprochen. Was ist davon übrig geblieben? – Ich wage zu behaupten, nicht viel. Fachkompetenz anstelle von Parteizugehörigkeit und Regionalproporz – ich habe kurz dargestellt, dass das wohl nicht der Fall ist, jedenfalls dann nicht, wenn man sich die Ergebnisse anschaut.

Sie sind damals angetreten, um die absolute Mehrheit zu verteidigen, und stellen heute eine Zwei-Parteien-Koalition. Sie sehen eigentlich ziemlich gerupft aus.

(Heiterkeit)

Sie geben sich darob auch demütig. So möge es bleiben!

Sie meinen, trotz alledem könnten Sie als Regierungschef auch noch Parteivorsitzender werden. Herr Ministerpräsident, ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Ausübung Ihrer Richtlinienkompetenz und bei der Gestaltung der aktuellen Politik, insbesondere mit einem Koalitionär, der Sie bereits im Vorfeld als größenwahnsinnig charakterisiert hat. Alle Dinge, die in diesem Zusammenhang noch zu nennen wären, werden wir im Verlauf der Legislatur ansprechen.

Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen gleichwohl ein gutes Händchen und konstruktive Arbeit. Seien Sie aber versichert: Wenn die Arbeit nicht konstruktiv sein sollte, wird sie von uns kritisiert und mit sinnvollen Alternativen unterstützt werden. Bayern geht auch anders.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Nächster Redner ist Martin Hagen von der FDP.

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir wünschen dem neuen Kabinett alles Gute und eine glückliche Hand. Wir hoffen, dass Sie auch die Vorschläge der Opposition aufgreifen. Wenn wir hier Vorschläge einbringen, die nicht abwegig sind, bitte ich Sie, diese ernst zu nehmen und nicht aus parteitaktischen Erwägungen abzulehnen. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war ein Zitat. Vielleicht erinnert sich der Urheber daran. Dieses Zitat ist zehn Jahre alt und stammt von Hubert Aiwanger.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da bin ich gespannt!)

Wir sind sehr gespannt, wie Sie Ihr neues Amt als stellvertretender Ministerpräsident handhaben werden. Wir werden Sie jedenfalls an diesen Worten messen und hoffen, dass Sie entsprechende Taten folgen lassen werden.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat heute die Geschäftsbereiche und auch die Kabinettsmitglieder vorgestellt. Ich möchte mich angesichts der knappen Redezeit auf vier Bereiche beschränken.

Erstens. Wir nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, dass der Bereich Integration weiterhin im Innenressort verbleibt, anstatt ins Ministerium für Arbeit und Soziales zurückzuwandern.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der GRÜNEN)

Das davon ausgehende Signal ist klar: Man betrachtet diesen Bereich vornehmlich durch die Brille der inneren Sicherheit. Dazu passt ein Koalitionsvertrag, der Hürden für Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt aufrechterhält, anstatt sie abzubauen. Die Vorrangprüfung bleibt, der Spurwechsel wird abgelehnt. Statt einer konsequenten Öffnung des Arbeitsmarktes gibt es gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten. CSU und FREIE WÄHLER bremsen damit arbeitswillige Geflüchtete aus und agieren gegen die Interessen von bayerischem Handwerk und Mittelstand.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Leider liegt die Zuständigkeit für die Kitas wiederum im Sozialministerium anstatt endlich beim Kultusministerium.

Meine Damen und Herren, wir Freie Demokraten betrachten Kitas und Krippen nicht als bloße Verwahrstellen für Kinder, wir sehen in ihnen Bildungseinrichtungen.

(Beifall bei der FDP)

Auf den neuen Kultusminister warten aber auch ohne die Verantwortung für die frühkindliche Bildung große Herausforderungen.

Zu den lange schon bestehenden Defiziten bei der Ganztagsbetreuung und bei der Chancengerechtigkeit im Bildungssystem kommen nun noch die steigenden Schülerzahlen und die wachsenden Anforderungen an die Schulen im Bereich der Integration hinzu. Sie, Herr Piazzolo, haben es nicht vermocht, Ihre richtige und wichtige Forderung nach einer Aufweichung des Kooperationsverbots im Koalitionsvertrag durchzusetzen. Dies stimmt uns nicht besonders hoffnungsvoll.

(Beifall bei der FDP)

Auf das neue Ministerium für Digitales sind wir gespannt. Wir begrüßen, dass die Forderung der FDP aufgegriffen wurde, Digitalisierung zu einem echten Ministerium zu erheben. Umso irritierter waren wir aber, als wir dann gelesen haben, dass der Breitbandausbau, das E-Government, der Bayern-Server und die Cyber-Security nicht in dieses Ministerium kommen, sondern beim Finanzministerium verbleiben. Meine Damen und Herren, wir sind gespannt, was dieses Ministerium überhaupt machen soll. Die neue Ministerin, Frau Gerlach, könnte sich als erste Amtshandlung einen Twitter-Account zulegen.

(Beifall bei der FDP)

Viertens. Ich bedauere aufrichtig, dass Marion Kiechle das Kabinett schon nach einem halben Jahr wieder verlassen muss. Als Quereinsteigerin stand sie für frischen Wind und als jemand, der eine abweichende Haltung zum Kreuzerlass hatte, auch für gesellschaftliche Modernität. Beides fehlt dem neuen Kabinett, meine Damen und Herren. Dazu passt ein Kommentar des "Münchner Merkur" vom Wochenende. Da heißt es: Anders als in Bündnissen mit GRÜNEN oder FDP könnte sich die CSU in Kombination mit den FREIEN WÄHLERN als progressivere Kraft profilieren. – Meine Damen und Herren, das ist die höfliche Umschreibung für die Erkenntnis: Neben Hubert Aiwanger wirkt selbst die CSU modern.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP und der SPD – Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden die Geschäftsbereiche aus den genannten Gründen ablehnen. Den neuen Ministern und Staatssekretären wünschen wir ein glückliches Händchen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als letzter Redner in der Debatte hat Herr Thomas Kreuzer das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass ich heute das letzte Mal vom Hocker aus spreche. Meine Genesung ist auf einem guten Weg.

Der Ministerpräsident hat heute sein Kabinett und die Zuschnitte der Geschäftsbereiche vorgestellt. Ich finde, das ist ein weiterer wichtiger und guter Schritt in die Zukunft. Herr Hartmann, auch wenn Sie das naturgemäß nicht so sehen, so ist dieses Kabinett doch ein Signal des Aufbruchs, ebenso wie die im März von Ministerpräsident Markus Söder vorgestellte Regierungsmannschaft. Sie meinen zwar, Aufbruch kann es nur mit Ihnen geben, nur, wenn Sie daran beteiligt sind. Sie müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass die Wählerinnen und Wähler in Bayern das anders sehen; denn sie haben sich für eine bürgerliche Mehrheit in diesem Parlament entschieden.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Was heißt bürgerlich?)

Wir stellen fest, Aufbruch geht nicht nur ohne die GRÜNEN, sondern Aufbruch geht sogar viel besser ohne die GRÜNEN, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie fordern immer eine neue politische Kultur. Die wünschen Sie sich. In jedem Fall haben Sie eine neue politische Debattenkultur in diesem Hause eröffnet. Heute stehen der Zuschnitt der Geschäftsbereiche der Ministerien und die Bestätigung der Bestellung des Kabinetts auf der Tagesordnung, und darüber sollte gesprochen werden. Sie aber, lieber Herr Kollege Hartmann, haben klar gezeigt, dass Ihnen die Tagesordnung vollkommen egal ist. Stattdessen sprechen Sie über das, was Sie wollen. Sie haben den Wahlkampf fortgesetzt. Sie haben mit den gleichen Reden wie im Wahlkampf über Klimaschutz und Umweltschutz gesprochen, über Wohnungsbau und andere Themen mehr. Damit wir uns richtig verstehen: Wir halten diese Themen ebenfalls für wichtig. Wir werden uns in dieser Periode auch darüber auseinandersetzen. Heute haben Sie nur Plattitüden, keinen einzigen Vorschlag gebracht. Sie haben diese Dinge nur alle eingefordert. Meine Damen und Herren, das reicht auf Dauer aber nicht aus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich würde mich gerne mit Ihnen darüber auseinandersetzen, wie erfolgreich grüne Umweltminister im Umweltschutz gewesen sind, und zwar in den Jahren und Jahrzehnten und in den Bundesländern, in denen sie Verantwortung getragen und regiert haben. Das haben wir auch vor der Wahl schon getan. Das werden wir noch tun. Wir werden darüber sprechen, wer hier etwas vorwärtsgebracht hat. Auch wir wissen: Diese Themen müssen wir in den nächsten Jahren voranbringen. Sie aber sprechen offensichtlich, vollkommen egal, was auf der Tagesordnung steht, immer über das, was Ihnen besonders am Herzen liegt. Wenn Sie denken, das sei etwas Neues, dann halte ich Ihnen ein historisches Beispiel entgegen. 234 vor Christus wurde Cato der Ältere, ein Mitglied des Römischen Senats, geboren. Er hat bei jedem Thema gesagt,

gleichgültig worum es gegangen ist: Im Übrigen bin ich dafür, dass Karthago zerstört werden muss. – Dem eifern Sie mit Ihrer Debattenkultur nach, Herr Kollege Hartmann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen aber auch, wenn diese Debattenkultur insgesamt einreißt, wenn also jeder unabhängig von der Tagesordnung über das spricht, was ihm besonders am Herzen liegt, dann gibt es hier keine Debatten mehr, dann gibt es im Parlament keine Auseinandersetzung mehr. Deshalb ist ein solches Verhalten in diesem Hohen Haus nicht angemessen, Herr Kollege Hartmann. Wir sollten über das sprechen, was auf der Tagesordnung steht. Daran sollte sich jeder halten, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Jürgen Mistol (GRÜNE):

Dann gehen Sie mal mit gutem Beispiel voran!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Rekordzeit und ohne viel Wind darum zu machen haben CSU und FREIE WÄHLER in Bayern eine bürgerliche Koalition gebildet. Ich erinnere dagegen an das schwierige Schauspiel, das vor allem GRÜNE und FDP im vergangenen Jahr in Berlin aufgeführt haben. Das war das Gegenteil einer konzentrierten Regierungsbildung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei den GRÜNEN)

Wenn uns das in Bayern passiert wäre, liebe FDP, dann würden wir jetzt auf Neuwahlen zusteuern, weil die Bayerische Verfassung das in solchen Fällen vorsieht. Wir haben eine Koalition aus Bayern und für Bayern. Die CSU und die FREIEN WÄHLER brauchen dafür auch keine Belehrungen oder Aufpasser aus Berlin, wie wir das bei den Sondierungsgesprächen auch in Bayern erlebt haben.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Kreuzer, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Thomas Kreuzer (CSU): Nein. – Wer gehofft hat, es würde wenigstens bei einem so wichtigen Thema wie der Kabinettsbildung eine sachliche Debatte geben, der wurde

enttäuscht. Die heutige Debatte hat ganz deutlich gezeigt: Würde die Abgrenzung der Geschäftsbereiche und die Berufung der Kabinettsmitglieder der Opposition überlassen, hätten wir ein Durcheinander. Ist ein Ministerium für Digitales notwendig, ja oder nein? Soll die Integration ins Innenministerium oder doch besser ins Sozialministerium? Sollen die Kitas ins Kultusministerium, oder sollen sie im Sozialministerium belassen werden? – Die Opposition hat hierzu ganz verschiedene Angebote. Beim Ressortzuschnitt geht es aber nicht darum, was sich die Opposition wünscht. Es geht vielmehr darum, was der richtige Weg für Bayern ist, welchen Weg die neu gebildete Koalition beschreitet, um auch nachfolgenden Generationen ein gutes Leben in Sicherheit, Freiheit und Wohlstand zu ermöglichen. In dieser Verantwortung stehen nämlich der Ministerpräsident und die Regierungsfractionen.

Ich sage deshalb: Der Ministerpräsident hat richtig entschieden. Er hat gut und richtig entschieden, sodass wir, der Landtag, den vorgeschlagenen Geschäftsbereichen und der Berufung der Kabinettsmitglieder aus Überzeugung zustimmen können. Die Aufteilung der Geschäftsbereiche ist sehr gelungen. Sie greift dort, wo das nicht bisher schon der Fall war, die richtigen Zukunftsthemen auf und setzt genau dort Prioritäten, wo es notwendig ist. Das erwarten die Menschen in Bayern von einer Politik, die ihre Bedürfnisse und Ansprüche konsequent in den Mittelpunkt rückt. In Bayern muss man nicht alles anders machen, aber man kann einiges und vieles besser machen. Unser Grundsatz lautet nämlich: CSU und FREIE WÄHLER wollen gemeinsam das Beste für Bayern. Das bedeutet Kontinuität und Stabilität, und da sind wir auf einem guten Weg. Dort aber, wo es angebracht ist, gehört auch ein Nachjustieren dazu. Als Beispiele aus dem Koalitionsvertrag nenne ich die weiteren Verbesserungen bei der Kinderbetreuung, zusätzliche Lehrerstellen sowie Verbesserungen bei der Eingangsbesoldung.

Was der Ministerpräsident uns heute bei der Geschäftsverteilung und beim Ressortzuschnitt vorgestellt hat, ist die richtige Antwort auf die aktuellen Herausforderungen. Strukturen, die sich bewährt haben, werden beibehalten. Natürlich brauchen wir auch in Zukunft ein starkes Umwelt- und ein starkes Landwirtschaftsministerium. Beide

Häuser haben im Koalitionsvertrag klare Leitplanken für ihre Arbeit bekommen. Bayern ist mit der Schaffung des ersten Digitalministeriums in Deutschland 2018 wieder einmal der Vorreiter – nicht, weil das Thema bisher unbeachtet war, sondern weil jetzt eine kritische Größe erreicht ist, die wir auch nach außen durch ein eigenes Ressort deutlich machen wollen.

Die Akzente werden den Herausforderungen der Zeit entsprechend gesetzt: Stabilität, zukunftsorientierte Weiterentwicklung. Das hat eine gute Balance gefunden. Der gewählte Ressortzuschnitt legt das Fundament für eine weiterhin erfolgreiche Zukunft unseres Landes. Kolleginnen und Kollegen, das Kabinett, das der Ministerpräsident aufgestellt hat, die Frauen und Männer der neuen Bayerischen Staatsregierung, sind nicht nur überaus kompetent und erfahren; das Kabinett bildet noch dazu Bayern in seiner Vielfalt ab. Alle Regionen sind vertreten, die verschiedenen Konfessionen, ein breites Spektrum von beruflichen Erfahrungen, Frauen und Männer, Stadt und Land. – Herr Kollege Arnold, Sie haben den Regionalproporz zunächst kritisiert und dann gelobt. Sagen Sie doch mal: Sind Sie dafür, dass alle Landesteile in Bayern im Kabinett vertreten sind, oder nicht? – Die CSU ist dafür und steht dafür, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Um welchen Preis?)

Um Bayern in eine gute und erfolgreiche Zukunft zu führen, muss man das Ohr bei den Bürgerinnen und Bürgern im ganzen Land haben, wie der Ministerpräsident in der Aussprache nach seiner Wahl auch schon ganz deutlich unterstrichen hat. Alle Regionen und Regierungsbezirke blicken jeweils mit großen Erwartungen auf die neue Staatsregierung. Auch hier muss die richtige Balance gewahrt werden. Was ist nicht vorab über den geringen Frauenanteil im künftigen Kabinett geklagt worden! Tatsache ist: Der Ministerpräsident hat die Staatsregierung mit dem höchsten Frauenanteil gebildet, die es in Bayern je gab. Sechs von 18 Kabinettsmitgliedern sind weiblich, und ich erlaube mir die Nebenbemerkung: Von den Ministern und Staatssekretären aus

den Reihen der CSU sind fast 42 % Frauen. Dies ist gewaltig, und ich begrüße das für meine Fraktion in ganz besonderem Maße.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Genauso stark ist das Signal, das der Ministerpräsident in puncto Jugend und Erneuerung setzt: Mit einem Altersdurchschnitt von 47 Jahren ist dieses Kabinett zugleich auch die jüngste Bayerische Staatsregierung aller Zeiten.

Dieses Kabinett ist eine starke Mannschaft, die ihre Aufgaben zum Wohle des Landes und der Menschen kraftvoll angehen wird. Dazu gratuliere ich dem Herrn Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter.

Wie das der Bayerische Ministerpräsident eben getan hat, so möchte auch ich die Gelegenheit nutzen, um diejenigen Minister und Staatssekretäre anzusprechen, die dem neuen Kabinett nicht mehr angehören. Kabinettsbildungen sind immer schwierig, da man hierbei kontinuierlich auf Veränderungen setzen muss. Besonders schwierig, liebe Kolleginnen und Kollegen, war es diesmal für unsere Fraktion, da wir, bedingt durch das Wahlergebnis und die Koalition, insgesamt fünf Positionen abgeben mussten. Jeder weiß, dass bei Kabinettsbildungen Zwänge und Anforderungen bestehen, die nichts mit der persönlichen Arbeit, dem Einsatz und dem politischen Erfolg derjenigen zu tun haben, die der Staatsregierung aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr angehören.

Dr. Marcel Huber war als Mitglied der Staatsregierung in einer ganzen Reihe von Funktionen seit seiner ersten Berufung als Umweltstaatssekretär im Herbst 2007 tätig. Nicht nur in diesem Amt, sondern auch als Staatssekretär im Kultusministerium sowie jeweils zweimal als Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und als bayerischer Umweltminister hat er die Politik im Freistaat über ein Jahrzehnt hinweg maßgeblich mitgeprägt: von der Lehrerbildung bis zum Artenschutz, von der Digitalisierung bis zur erfolgreichen Bewältigung der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Marcel Huber war immer bestens orientiert. Er war nie selbstbezogen, sondern immer sachbezogen und immer lösungsorientiert, und nicht zuletzt immer bodenständig. Marcel Huber war nicht nur neben seiner politischen Arbeit als aktiver Feuerwehrmann unterwegs, sondern oft auch in seiner politischen Arbeit in der Staatsregierung, und dies stets erfolgreich. – Ich danke dir ganz herzlich für diese großartige Leistung, lieber Marcel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Franz Josef Pschierer war ebenfalls zehn Jahre Mitglied der Bayerischen Staatsregierung: als Staatssekretär im Finanzministerium von 2008 bis 2013, anschließend im Wirtschaftsministerium bis zu seiner Berufung als Ressortchef dort im März dieses Jahres. Mit ungeheurem Einsatz, mit Fleiß und Sachkunde hat er in diesen Funktionen die wichtigen Themen für Bayern vorangebracht und gerade für unsere mittelständische Wirtschaft, für Handwerk und Tourismus vieles erreicht, das bleiben wird. Als verlässlicher Ansprechpartner für unsere Wirtschaft war und ist er außerordentlich geschätzt. – Auch dir, lieber Franz Josef, herzlichen Dank für deine Arbeit für Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke Prof. Dr. Winfried Bausback, der sich in seiner Amtszeit seit 2013 um die Justiz im Freistaat in hervorragender Weise verdient gemacht hat. Seine Arbeit war geprägt von großer Wertschätzung für die Angehörigen der bayerischen Justiz, von den Richtern und Staatsanwälten bis zu den Beschäftigten im Justizvollzug; sie war geprägt von einer erfolgreichen Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bei der Digitalisierung im Justizwesen ebenso wie bei den Themen der Integration, Abschiebung und innere Sicherheit. Seine Arbeit war auch geprägt von zahlreichen Akzenten in der Rechtspolitik, die er bundesweit gesetzt hat und die Beachtung gefunden haben. Bei vielem hat sich Bayern am Ende auch durchgesetzt. – Auch dir, lieber Winfried, ganz herzlichen Dank für diese erfolgreiche Tätigkeit für Bayern.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Ich danke Frau Prof. Marion Kiechle. Es war äußerst respektabel, dass sie sich als national und international anerkannte Wissenschaftlerin für ein Ministeramt auf Zeit zur Verfügung gestellt hat, und es war ebenso respektabel, wie sie sich in kürzester Zeit in die breite Themenpalette der Hochschul- und Kulturpolitik eingearbeitet und die Themen bearbeitet hat. Auch ihr einen ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nicht zuletzt danke ich Josef Zellmeier, der als Staatssekretär im Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr seit März dieses Jahres echte Aufbauarbeit geleistet hat und gemeinsam mit Ilse Aigner in kurzer Zeit bei diesen wichtigen Zukunftsthemen für Bayern ungemein viel vorangebracht hat. Nicht nur die großen Linien und landesweit bedeutenden Projekte waren sein Metier, sondern auch die vielen kleinen Anliegen, gerade auch im Straßenbau. Er hat sich für die Menschen vor Ort ganz persönlich eingesetzt, und er wird nun nach leider nur acht Monaten wieder in den Schoß der Fraktion zurückkehren. – Ich danke dir ganz herzlich, lieber Josef.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur die Regierungskoalition, sondern auch die Opposition steht in der Verantwortung für unsere schöne Heimat Bayern und für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger. Ich appelliere nochmals gerade an die größte Oppositionsfraktion: Wir sollten die ideologischen Scheuklappen ablegen und den Wahlkampfmodus abstellen, meine Damen und Herren, und wir sollten gemeinsam zu einer fundierten Sacharbeit für Bayern kommen. Bayern steht ausgezeichnet da. Bayern ist Familienland Nummer eins. Bayern ist Spitzenreiter bei der Inneren Sicherheit. In Bayern läuft der Wirtschaftsmotor.

(Florian von Brunn (SPD): Kein Wahlkampf!)

Diese Erfolgsgeschichte für Bayern sollten wir in diesem Hohen Hause gemeinsam fortschreiben. Ich wünsche allen neuberufenen Mitgliedern der Staatsregierung viel Glück und Erfolg und einen erfolgreichen Einsatz für die Menschen in unserem Land. Darum geht es im Endeffekt. Ich bin mir sicher, dass Markus Söder als Ministerpräsident und das heute vorgestellte Kabinett daran ab sofort und mit aller Kraft und großem Erfolg arbeiten werden. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Nach Artikel 49 der Bayerischen Verfassung bedarf die vom Ministerpräsidenten bestimmte Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Bestätigung durch Beschluss des Landtags. Im Einzelnen finden Sie die vom Ministerpräsidenten getroffenen Festlegungen in der Ihnen vorliegenden Drucksache Nummer 18/7. – Hierüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer der vom Ministerpräsidenten bestimmten Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CSU und die der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der AfD, der FDP, der GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit bestätigt der Landtag die vom Ministerpräsidenten bestimmte Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche. Der Tagesordnungspunkt 1 ist damit abgeschlossen.

Es folgt nun die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 2 betreffend die Berufung der Kabinettsmitglieder sowie die Bestimmung der Stellvertreterin bzw. des Stellvertreters des Ministerpräsidenten nach Artikel 45 und 46 der Bayerischen Verfassung. Meine Damen und Herren, Sie haben die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten dazu gehört. Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung.

(Matthias Fischbach (FDP): Zur Geschäftsordnung!)

– Wir haben einen Geschäftsordnungsantrag von der FDP. Ich erteile das Wort dem Herrn Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir möchten als Freie Demokraten beantragen, dass über die einzelnen Kabinettsmitglieder individuell abgestimmt werden kann. Unsere Verfassung ermöglicht uns als Bayerischer Landtag dieses Recht und die Abgabe eines differenzierten Votums über die einzelnen Kabinettsmitglieder. Das würde der Bedeutung der Staatsregierung gerecht, nämlich Sie hier nicht insgesamt durchzuwinken, sondern Einzelne zu bewerten. Es ist aus meiner Sicht eine Sache der Selbstachtung des Bayerischen Landtags, dass wir hier ein individuelles Votum abgeben können. Wir als Freie Demokraten möchten das jedenfalls sehr differenziert tun und beantragen deshalb eine getrennte Abstimmung.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Es wurde Widerspruch erhoben. Zur Gegenrede erteile ich das Wort dem Kollegen Tobias Reiß.

Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Fischbach, Sie sprechen hier die Bedeutung des Vorgangs an. Der Bedeutung, die die heutige Berufung der Staatsregierung für uns alle als Landtag hat, sollten wir gerecht werden. Dieser Bedeutung werden wir nicht gerecht, wenn wir, wie Sie es wollen, hier Haltungsnoten verteilen und einen Schönheitswettbewerb, ein Ranking für einzelne Mitglieder der Staatsregierung ausrufen. Wir stimmen heute dem Kollegialorgan, dem obersten Verfassungsorgan Staatsregierung, zu, nicht einzelnen Ministerinnen oder Ministern. Wir haben vorhin in dem Beschluss nach Artikel 49 der Bayerischen Verfassung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche durch den Ministerpräsidenten zugestimmt. Nach Artikel 50 wird der jeweilige Geschäftsbereich jeweils einem Staatsminister oder einer Staatsministerin zugewiesen. Das ist die Verantwortung des Ministerpräsidenten. Wir haben dieser Verantwortung durch Beschluss zuge-

stimmt. Jetzt für einzelne Mitglieder der Staatsregierung Einzelabstimmung zu fordern, ist meines Erachtens mehr als unangemessen. Wir als die Regierung tragenden Fraktionen werden diesem Kollegialorgan heute das ungeteilte Vertrauen aussprechen. Das ist sicherlich ein Stück Vertrauensvorschuss; aber ich glaube, es ist angemessen, heute eine glückliche Hand und viel Erfolg zu wünschen und nicht Einzelnen Haltungsnoten zu geben, je nachdem, wem ich mehr und wem ich weniger zustimme. Wir stimmen dieser Staatsregierung zu, wie es die Bayerische Verfassung von uns fordert. Wir wünschen dieser Staatsregierung an dieser Stelle viel Erfolg, eine glückliche Hand und alles Gute in Ihrer Arbeit für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich lasse jetzt über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FDP und der SPD und Abgeordnete der AfD. Gegenstimmen! – Abgeordnete der AfD, die CSU, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt. Über die Berufung der Mitglieder der Staatsregierung kann hiermit in kumulativer Form abgestimmt werden.

Wer der Berufung der Kabinettsmitglieder und der Bestimmung des Stellvertreters des Ministerpräsidenten wie vom Ministerpräsidenten vorgetragen zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der AfD und der SPD. Enthaltungen? – Die FDP und einige Abgeordnete der AfD enthalten sich. Damit hat der Landtag gemäß den Artikeln 45 und 46 der Bayerischen Verfassung seine Zustimmung zur Berufung der Kabinettsmitglieder sowie zur Bestimmung des Stellvertreters des Ministerpräsidenten erteilt.